

wicklung« sind die deutschen Leistungen an das UNV hauptsächlich für DDS-Aktivitäten verwendet worden (zwischen 1989 und 1995 insgesamt 7,4 Mill US-Dollar). Auf regionaler Ebene gingen Zuwendungen an das »Zentrum für partizipatorische Entwicklung« in der simbabwischen Hauptstadt Harare. Unterstützung auf Länderebene ging an in einer Übergangsphase begriffene Länder wie zum Beispiel Mosambik, Liberia und Namibia, an besonders arme Länder wie Mali und Tansania und – zwecks Konsolidierung laufender Maßnahmen – an Botswana, Kamerun und Simbabwe. In Asien hat Deutschland sich in jüngerer Zeit an der Förderung eines DDS-Projekts in Laos beteiligt.

Afrika: Haupteinsatzgebiet der UN-Freiwilligen

Zur Zeit sind von den 2081 UNV-Spezialisten und lokalen DDS-Entwicklungshelfern 1064 oder 51 vH in 43 afrikanischen Ländern südlich der Sahara tätig, von denen 30 zu den LDC gehören. Etwa ein Viertel aller UN-Freiwilligen leistet seinen Dienst in der Region Asien und Pazifik, die übrigen sind praktisch in aller Welt tätig.

Im Afrika südlich der Sahara werden die wichtigsten Programme in Rwanda, Angola, Mosambik, Burundi, Botswana, Tansania, Uganda und Burkina Faso durchgeführt. Mehr als die Hälfte der in Afrika eingesetzten Freiwilligen des UNV stammt selbst von dem Kontinent oder aus anderen Entwicklungsländern. Ein großer Teil der UNV-Spezialisten kommt aus Tansania, Mali, Nigeria, Uganda und Benin.

Der tragende Pfeiler der vom UNV geleisteten Unterstützung einer basisorientierten partizipatorischen Entwicklung in Afrika ist nach wie vor die Förderung der nationalen Entwicklungsanstrengungen mittels der DDS, die sich mit der Stärkung lokaler Gruppen und Graswurzelorganisationen befassen. Diese wiederum versuchen, das Vertrauen der Menschen in ihre eigenen Stärken und Fähigkeiten zu wecken. Im Rahmen dieses Programms verrichten rund 450 afrikanische lokale Entwicklungshelfer in 18 Ländern Afrikas – vorwiegend in Kamerun, Simbabwe, Togo, Uganda, der Zentralafrikanischen Republik, Burkina Faso, Benin und Namibia – erfolgreich ihren Dienst. Das DDS-Programm richtet sich hauptsächlich auf den Austausch von Erfahrungen mit partizipatorischen Entwicklungsansätzen auf Länder- und regionaler Ebene. Die Aktivitäten des UNV konzentrieren sich darauf, bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Menschen sich selbst helfen können. Dabei gilt es den Zugang zu Infrastruktur und sozialen Grunddiensten zu verbessern, den Schutz besonders anfälliger gesellschaftlicher Gruppen auszudehnen, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, die Ernährungssicherheit zu vergrößern, den Zugang zu Krediten sicherzustellen und die natürlichen Ressourcen zu erhalten. In vom Krieg zerrütteten Ländern wie etwa Mosambik helfen UN-Freiwillige bei der Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten.

Im Bereich der humanitären Hilfe ist das UNV derzeit in mehreren afrikanischen Krisengebieten tätig. Die Programme enthalten auch Hilfsleistungen an die von der Dürre betroffenen Länder des Südlichen Afrika (in Botswana unterstützen UNV-Spezialisten, vorwiegend Ingenieure, den Wiederaufbau der Infrastruktur); in Angola, Liberia und Sierra Leone betreuen UN-Freiwillige ein Netz von Einsatzzentralen, die im Rahmen von UN-Organisationen durchgeführte humanitäre Hilfsaktionen unterstützen. In Kenia nehmen UNV-Experten an dem grenzübergreifenden Einsatz des UNHCR teil, durch den die Versorgung von Flüchtlingen aus Nachbarländern wie beispielsweise Somalia sichergestellt werden soll. In Rwanda, Burundi, Tansania und Zaire unterstützen Freiwillige UN-Organisationen wie das UNHCR, das WFP und das UNICEF bei der Linderung des durch die Krise in Rwanda und Burundi hervorgerufenen menschlichen Leids. Durch die Stärkung örtlicher NGOs im ostafri-

Prügelknabe UNIDO

Am Ende kam es ganz anders als Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger gefordert hatte: am 11. Dezember beschloß die Bundesregierung, doch nicht aus der UNIDO auszutreten – vorläufig jedenfalls. Damit haben sich die besonnenen Kräfte durchsetzen können. Die Anstrengungen des Auswärtigen Amts, aber auch engagierter Parlamentarier des Unterausschusses Vereinte Nationen, die abrupte Aufkündigung der Mitgliedschaft Deutschlands in dieser zur Förderung der Industrialisierung der armen Länder gegründeten Sonderorganisation der UN zu verhindern, waren nicht vergeblich.

Die Rangelei zwischen den verschiedenen Ressorts um Austritt oder Bleiben wirft die Frage auf, welche Zielvorstellungen und welche Maßstäbe der UN-Politik der Bundesregierung zugrunde liegen – überdies die Frage, ob und wie die Ministerien ein gemeinsames Vorgehen abstimmen. Mehr durch Zufall gab die UNIDO den Prügelknaben für uneinheitliche, nicht ausgereifte Vorstellungen der Regierung zur UN-Reform ab. Das Vorpreschen Sprangers legt in der Tat den Schluß nahe, daß die UN-Politik der Bundesregierung ohne schlüssiges Konzept und ohne hinreichende Koordination betrieben wird. Sonst hätte der Spitze des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung deutlich sein müssen, welche schädlichen Folgen ein plötzlicher Austritt außenpolitisch insbesondere für die deutsche Politik gegenüber und in den Vereinten Nationen hervorgerufen hätte.

Dabei waren die politischen Konsequenzen leicht absehbar: Die Wirkung eines Austritts wäre weit größer gewesen, als es der Bundesregierung hätte lieb sein können. Weitere austrittswillige westliche Mitglieder hätten sich bequem hinter ihr verstecken können und ihr den zweifelhaften Ruf verschafft, der Liquidator dieser Sonderorganisation zu sein. Der Vertrauensverlust bei den Entwicklungsländern und innerhalb der UN-Familie wäre beträchtlich gewesen. Die sofort laut gewordenen Proteste der »Gruppe der 77« gegen das deutsche Vorhaben lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Aus deutscher Perspektive sehe ich nicht, wie man einen derartigen Schritt mit den öffentlich erklärten Zielen der Bundesregierung in Einklang bringen könnte. Da ist zunächst das Bestreben, in der Folge des Umzugs von Parlament und Regierung nach Berlin die Bundesstadt Bonn zum Nord-Süd-Zentrum auszubauen. Das geht nicht ohne die Ansiedlung internationaler Organisationen am Rhein. Wie attraktiv kann Deutschland als potentieller Sitzstaat von weiteren UN-Einrichtungen sein, wenn es selbst einer von ihnen den Rücken kehrt? Ferner hat Deutschland als Mitglied der G-7 und der EU ein gemeinsames Herangehen an die Reform des Wirtschafts- und Sozialbereichs der UN und der multilateralen Entwicklungshilfe beschlossen. Warum wird Monate später ein nationaler Alleingang geprobt, der zudem nicht die Reform einer UN-Institution, sondern deren Preisgabe zum Ziel hat? Und schließlich frage ich mich, ob Deutschland die Unterstützung der Länder des Südens bei seiner Bewerbung um einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat verdient hat, wenn es selbst immer weniger bereit ist, die Entwicklungsländer auch multilateral zu unterstützen.

Bemerkenswert spät wurde erkannt, daß mehr auf dem Spiel stand als die bloße Mitgliedschaft in einer Sonderorganisation. Der Rückzieher der Regierung kann den bereits angerichteten Schaden längst nicht beheben. Die Bundesregierung wird sich anstrengen müssen, die Zweifel an Deutschlands Bereitschaft, die Weltorganisation in ihren Reformbemühungen zu unterstützen, zu zerstreuen und die Glaubwürdigkeit ihrer multilateralen Entwicklungspolitik wiederherzustellen. Letztlich geht es nämlich um das Verhältnis Deutschlands zu den Vereinten Nationen insgesamt.

Die Bundesregierung wollte im Hinblick auf die UN einmal mit einer »Politik der guten Beispiele« vorangehen. Der glücklicherweise mißlungene Schritt der Abkehr von der UNIDO war aber ein Beleg für exakt das Gegenteil.

Eberhard Brecht □